

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FORTDAUER DER VERANTWORTUNG

Der tschechische Staatspräsident Václav Havel hat zum 55. Jahrestag der Konferenz von München in einer Fernsehansprache darauf aufmerksam gemacht, dass die Politik des «Zurückweichens vor dem Bösen» mitverantwortlich war für die nationalsozialistische Aggressionspolitik. Doch einmal mehr weicht Europas Staatenwelt an den Genfer Konferenzen vor den Resultaten der serbischen Aggression zurück.

Das Münchner Diktat, dessen fünf- und fünfzigsten Jahrestag wir heute in Erinnerung rufen, ist keineswegs ein weit zurückliegendes geschichtliches Ereignis, mit dem sich nur noch Historiker zu befassen hätten. Im Gegenteil: In der heutigen Zeit, in der wir um eine neue Gestalt Europas ringen, erlangt «München» eine neue Aktualität. Wir machen die Erfahrung, dass die Folgen bis in die unmittelbare Gegenwart hineinreichen und manches in ihr erklären; wir erkennen darin aber auch zahlreiche Warnungen und Lehren.

Das Münchner Abkommen zeugt in erster Linie vom grossen Versagen der modernen Demokratien in Europa. Es führt uns vor Augen, wie teuer die Politik des Zurückweichens vor dem Bösen zu stehen kommt und wie selbstmörderisch der Gedanke ist, man könne durch Kompromisse mit einem Aggressor den Frieden bewahren. «München» hat gezeigt, dass ein Gemeinwesen nicht bestehen kann, wenn es sich ausschliesslich auf einen Fundus von formalen Regeln stützt und keine fest verankerte Identifikation mit grundlegenden Werten zustandebringt, wenn es nicht aus einer klaren Verständigung über diese Werte, über deren moralische Bedeutung und deren verbindlichen Inhalt hervorgeht und von der festen Überzeugung ausgeht, sie vom ersten Augenblick an, in dem sie bedroht sind, in gemeinsamer Verantwortung zu verteidigen. Das Bemühen, potentielle Opfer durch eine Politik der

Konzession zu vermeiden, ist der sicherste Weg in die Notwendigkeit, später unendlich schwerere Opfer bringen zu müssen. Ich denke, dass im heutigen unruhigen Europa, in dem da und dort die dunklen

Mächte des Nationalismus wieder auftauchen, diese Lehre von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Das Münchner Abkommen zeugt auch vom Versagen des Systems der kollektiven Sicherheit in der Zwischenkriegszeit. Wir stehen heute vor der Herausforderung, in unserem Kontinent mit grösster Aufmerksamkeit und Sorgfalt tragfähige Sicherheitsstrukturen aufzubauen, die nicht bei der ersten Gelegenheit wieder zusammenbrechen. Wollen wir tatsächlich dieser Verantwortung gewachsen sein, so dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, wir würden von niemandem unmittelbar bedroht. Das Anliegen einer Eingliederung in ein System der kollektiven europäischen Sicherheit darf nicht unterschätzt werden. Je tragfähiger dieses System in Friedenszeiten konzipiert ist, desto

dauerhafter wird auch der Friede sein, der dadurch gesichert wird.

Wenn wir das Münchner Abkommen in seinem Kontext analysieren, so stellen wir fest, dass sein Hauptmotiv im ständig brutaleren Machtanspruch eines zunehmend blinden Nationalismus lag, das genaue Gegenteil der Idee einer zivilisierten Staatengemeinschaft. Es war in erster Linie der aggressive Nationalismus von *Adolf Hitlers* «Drittem Reich»,

**Das Bemühen,
potentielle Opfer
durch eine Politik
der Konzessionen zu
vermeiden, ist der
sicherste Weg in die
Notwendigkeit,
später unendlich
schwerere Opfer
bringen zu müssen.**

jener Nationalismus, der unsere deutschen Mitbürger wie eine Krankheit erfasste, als sie sich *Henlein* und den Nazis anschlossen und schliesslich mithalfen, den eigenen Staat zu zertrümmern und in ihm brutale Gewalt zu entfesseln. Nicht ohne Bedeutung waren aber auch jene politischen Strömungen in unserer Vorkriegsdemokratie, welche beim Aufbau der Tschechoslowakei als einem Staat für alle Bürger inkonsequent waren. Die Auffassung von einer Tschechoslowakischen Republik als einem Staat der Tschechoslowaken war sicher historisch verständlich, und ihr Einfluss auf das spätere Geschehen war gering, doch sollten wir uns im eigenen Interesse diesbezüglich nichts vormachen.

Die beiden Mobilmachungen vom Mai und September, die dem Münchner Diktat vorangingen, zeigten, dass die Entschlossenheit unserer Bürger gross war, die Unabhängigkeit zu verteidigen. Nicht vergessen wollen wir auch die tapfere Haltung jener deutschen Mitbürger, welche sich weigerten, *Henlein* zu folgen, und die dafür später schwer büssen mussten. Es gab damals positive Anzeichen, und unser Gemeinwesen war fest entschlossen, dem Bösen entgegenzutreten. Um so grösser war dann die Enttäuschung, die Verbitterung und Frustration und schliesslich auch die Demoralisierung, die das Münchner Abkommen hervorrief.

Die kurze Zeit der sogenannten «Zweiten Republik», die darauf folgte, ist eine der dunkelsten Epochen unserer neueren Geschichte. Es war eine Zeit, in der das Schlimmste Oberhand gewann, das in der Seele einer Gemeinschaft schlummert, eine Zeit der Niedertracht, des nationalen Egoismus, des Kultes der Kleinheit und des «Tschechismus», eine Zeit, in welcher der Strom des öffentlichen Lebens vom Schlamm eines gehässigen Provinzialismus getrübt war, von der Anpassung an das Böse, von der Abwendung vom Wertvollen, Zukunftsträchtigen, von der Verachtung für jene humanistischen und demokratischen Werte, auf denen die Tschechoslowakei ursprünglich gegründet worden war. Das zaghaft-vorsichtige Verhalten der Mehrheit unserer Mitbürger während der Naziokkupation, die mehr als zweifelhaften Vorkommnisse nach dem Krieg, unsere innere Bereitschaft, den kommunistischen Totalitarismus ohne weiteren Widerstand zu akzeptieren und die weit verbreitete Illusion, wir hätten, nachdem uns die westlichen Demokratien im Stich liessen, keine andere Wahl als den Stalinismus gehabt und schliesslich die Bereitwilligkeit, mit der wir den Kommunismus so lange ertragen haben – dies alles

lässt sich auch als eine direkte und indirekte Verkettung von Folgen des «Traumas von München» deuten.

Daraus lässt sich folgende Lehre ziehen: Wenn wir dem Bösen auch nur einmal nachgeben oder gezwungen werden nachzugeben, so mag dies vielleicht für eine begrenzte Zeit hilfreich scheinen, langfristig gesehen bewirkt es aber den schwersten Schaden: Wir lassen dann nämlich zu, dass sich das Böse – in der einen oder anderen Form – ohne dass wir es spüren, in unserer Seele einnistet.

Ich vertrete die Auffassung, dass es in unserem ureigensten Interesse ist und eine existentielle Bedeutung hat, wenn wir uns solche unpopulären Gedanken in Erinnerung rufen und auch unangenehmen Tatsachen nicht ausweichen. Wir dürfen uns über uns selbst nicht belügen und berechtigten Vorwürfen nicht mit beschwichtigenden Ausreden begegnen. Wir haben auch ein Interesse

darin, uns immer wieder die Verdienste derer vor Augen zu führen, die sowohl dem Nazismus als auch dem Kommunismus Widerstand geleistet haben und denen es sogar gelang, die Mängel unseres Staates zu kritisieren, indem sie vor gefährlichen nationalen Illusionen warnten, selbst wenn sie sich damit in Opposition stellten zur damals vorherrschenden Meinung und Stimmung. Diese Menschen hielten die Kontinuität des guten Geistes in unserem staatlichen Gemeinwesen aufrecht, die Kontinuität der Wahrhaftigkeit und des Mutes, die Kontinuität der Verantwortung. Dank ihnen müssen wir heute das grosse Werk der nationalen Wiedergeburt nicht von Null an beginnen. ♦

VACLAV HAVEL

SPLITTER

Moralische Ursachen äussern ihre wahren Wirkungen nicht immer auf der Stelle: oft wird das, was im ersten Augenblick nachteilig operierte, in seinen entfernten Folgen heilsam und vortrefflich; und diese Vortrefflichkeit kann sogar aus den schlimmen Wirkungen, die sich im Anfange zeigten, entspringen. Ebenso häufig findet sich das Gegenteil, und die einladendsten Pläne, unter den günstigsten Aussichten eingeführt, nehmen oft ein schmähhches und jammervolles Ende.

EDMUND BURKE, über die Französische Revolution (1790), deutsche Übersetzung, Zürich 1986, S. 135

WETTBEWERBSPOLITIK – EIN NEUER ANLAUF

Das Revitalisierungsprogramm helvetischen Zuschnitts, das die Wirtschaft wieder auf Trab bringen sollte, hat bisher nicht eben berauschende Ergebnisse hervorgebracht. Von einer Stärkung der marktwirtschaftlichen Kräfte, die diesen Namen verdient, war bisher denn auch nicht allzu viel zu sehen. Auf *einem* Gebiet allerdings wurde zwar nicht unbedingt effiziente, aber doch rasche Arbeit geleistet, nämlich auf jenem der Revision des Kartellgesetzes bzw. der *Wettbewerbspolitik*. Die Expertenkommission, die vom Bundesrat eingesetzt wurde, hat einen Entwurf vorgelegt, der die allgemeine Marschrichtung anzeigt; ein, alles in allem genommen, beachtlicher *Terraingewinn* der Vertreter einer etwas zugriffigeren, und damit die Wirtschaft dynamisierenden, Wettbewerbspolitik. Von einem Durchbruch zu neuen wettbewerbspolitischen Ufern mag jedoch noch niemand sprechen. Aber es handelt sich doch um einen kräftigen Schritt in die richtige Richtung, der, gemessen an der durchschnittlichen Kühnheit der eidgenössischen Wirtschaftspolitik, leicht über dem Mittel anzusiedeln ist. Im neuen Zweckartikel des Entwurfs wird die Absicht unzweideutig umschrieben, nämlich eine Förderung des *wirksamen Wettbewerbs* und die Sicherung des Rechts auf *freie wirtschaftliche Betätigung* im Interesse der marktwirtschaftlichen Ordnung. Wird damit das Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft in der Wirtschaftsverfassung des Landes verankert? Aufgrund der momentan gültigen Gesetze ist diese Frage nicht mit letzter Sicherheit zu beantworten.

Das Kartellgesetz – es trat nach einer mehrjährigen und phasenweise hart umkämpften Revision 1985 in Kraft – brachte gegenüber seinem Vorläufer einige kleinere Fortschritte. Unverkennbar aber trägt es die Blessuren von unsentimental ausgetragenen Gruppen- und Interessenkämpfen, welche die Revision auf dem Weg zum Kompromiss begleitet haben. Es ist zu befürchten, dass auch dem nun vorliegenden Expertenentwurf in den verschiedenen Etappen des Willensbildungsverfahrens ein *Reduktionsprozess* kaum erspart bleiben wird. Die Schweiz bekundet grosse Mühe, dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft auch Taten folgen zu lassen, die mehr als einen nur formalen Charakter haben. Deshalb ist es nicht erstaunlich – wenn auch zu bedauern –, dass die Umsetzung des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips

in eine entsprechende Wettbewerbspolitik nur stückweise über einzelne Reformstufen vorankommt.

Die von der Schweiz praktizierte Wettbewerbspolitik leidet bekanntlich an verschiedenen Mängeln. Eine Schwäche, und es ist nicht die geringste, ist in den *Institutionen* zu diagnostizieren, in der Kartellkommission und dem ihr zugeordneten Sekretariat. Der institutionell bedingte Kapazitätsengpass hat zwei Aspekte: einmal ein Verfahrensprozedere auf der Basis des Missbrauchsprinzips, das *ausserordentlich aufwendig* ist, und sodann eine Kartellkommission, die das Kleid eines *Milizorgans* trägt. Seine Mitglieder können ihm nur ein beschränktes Zeitbudget zur Verfügung stellen, müssen aber bereit sein, zu einer nota bene sehr bescheidenen Entschädigung eine respektable Arbeitslast zu übernehmen. Die Effizienz und das Arbeitsvolumen der Kartellkommission sind durch diese beiden restriktiven Faktoren limitiert. Sie kann deshalb im Teich der wettbewerbsbeschränkenden Praktiken lediglich Fliegen fischen, hat aber keine Chance, auch eine Breitenwirkung zu erzielen.

Im Blick auf die absolute Notwendigkeit, diesen Engpass der Wettbewerbspolitik im neuen «Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen» zu überwinden, hat sich die Expertenkommission zu einer ebenso beherzten wie mutigen Strategie aufgerafft: Sie schlägt die Gründung eines *Bundesamtes für Wettbewerb* vor, dem die Untersuchungskompetenzen zugeordnet sind; die Kartellkommission verwandelt sich in einen *Wettbewerbsrat*, der Entscheidungskompetenzen bzw. richterliche Funktionen besitzt. Der Wettbewerbsrat wäre also im Gegensatz zur heutigen Kartellkommission von den Untersuchungsaufgaben, die administrativ sehr stark ins Gewicht fallen, befreit. Diese Zweiteilung der Funktionen folgt mithin der auf Kapazitätsverbesserung ausgerichteten Logik. Mit Sicherheit wird künftig der Vorwurf zu hören sein, dass mit diesem Vorgehen der Staatsapparat aufgebläht und seine wirtschaftlichen Kompetenzen in unverantwortbarer Weise ausgebaut würden. Wer – wissentlich oder wider besseres Wissen – so argumentiert, verkennt, dass sich das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip *nicht* selbst erhält, sondern ohne Staatsschutz zu degenerieren und schliesslich im Extremfalle völlig zu zerfallen droht. Deshalb dient die Wettbewerbspolitik der Aufrechterhaltung der Funktionstüchtig-

**Die Schweiz bekundet
grosse Mühe,
dem Bekenntnis
zur Marktwirtschaft
auch Taten
folgen zu lassen.**

keit der Marktwirtschaft und der Sicherung individueller Freiheitsrechte. Wettbewerbspolitik hat nichts mit Interventionismus zu tun, wohl aber mit einer Wirtschaftspolitik, deren die Marktwirtschaft existenznotwendig bedarf. Sie bildet den Kern der

Ordnungspolitik. Die von ihr ausgehende Wohlfahrtswirkung steht als *Allgemeininteresse* über dem Partialinteresse an wettbewerbsbeschränkenden Marktformen, von denen in der Regel Wohlfahrtsminderungen ausgehen. ♦

WILLY LINDER

REIZTHEMA SICHERHEIT

Verfolgt man die Hitparade politischer *Themen* über mehrere Jahre, kann man in jüngster Zeit erhebliche *Veränderungen* feststellen. Lässt sich daraus ein erneuter Wertewandel ableiten? Oder soll man sich darauf einstellen, dass die heute dominierenden Fragen schon vor den nächsten eidgenössischen Wahlen in zwei Jahren wieder abgelöst werden könnten? Die politischen Strategen und Meinungsmacher tun wohl gut daran, sich nicht zu ausschliesslich auf derzeit stark emotionalisierte Fragestellungen festzulegen.

Dies gilt namentlich für das Reizthema *Sicherheit*, das sich scheinbar für starke Worte und einfache Rezepte eignet. Gewiss, allzu lange wurde die klassische Aufgabe des Staates, für Recht, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, als etwas Selbstverständliches vernachlässigt oder gar verdrängt. Um so intensiver bemühen sich nun sämtliche Parteien, den *Nachholbedarf* zu decken und das Thema für die *Polarisierung* der politischen Auseinandersetzung auszuschlachten. Die Gefahr droht, dass daraus kurzschlüssig weitreichende Konsequenzen, etwa im Asylrecht oder im Strafrecht, gezogen werden und komplexere Zusammenhänge unbeachtet bleiben. Mit hysterischen Reaktionen erntet man jedoch zuletzt mehr Verunsicherung statt mehr Sicherheit.

Denn Sicherheit ist vor allem ein Zustand des *Sich-sicher-Fühlens* und erst in zweiter Linie ein objektiver Tatbestand, der sich beispielsweise mit der Kriminalstatistik belegen lässt. Es gibt zwar unzweifelhaft negative Entwicklungen, die zum grössten Teil mit dem *internationalen Drogenhandel* und der Beschaffungskriminalität von Drogenkonsumenten zusammenhängen. Und es gibt gegenwärtig alarmierende Engpässe im *Strafvollzug*, die auf Versäumnisse

von Behörden und Stimmbürgern bei der Bereitstellung ausreichender und moderner Einrichtungen zurückzuführen sind. Dass hier rasch, ja dringlich Lösungen gefunden werden müssen, ist unbestritten, erfordert aber Änderungen von Prioritäten in den angespannten öffentlichen Haushalten zu Lasten anderer Begehren, die zuerst noch durchgesetzt werden müssen.

Dies ist indes nur die Spitze des Eisbergs. Um das organisierte Verbrechen im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, aber auch mit Waffen- und Menschenhandel, wirksam bekämpfen zu können, ist eine *internationale Zusammenarbeit* vonnöten, die in den gegenwärtig kultivierten isolationistischen Strömungen in unserem Land nicht eben optimale Voraussetzungen findet. Dass der Bund ausserdem ein griffigeres und mit den Kantonen besser koordiniertes *polizeiliches Instrumentarium* benötigt, wird man nach den übertriebenen und allzu blauäugigen Reaktionen im Gefolge des Fichentheaters wohl zuerst kleinlaut eingestehen und dann mit rechtsstaatlich geschärftem Augenmass realisieren müssen.

Aber mit polizeilichen Massnahmen allein kann das Sicherheitsbedürfnis nicht befriedigt werden. Das Risiko der Gefährdung von Leib und Leben, das sich – entgegen der überdimensionierten Wahrnehmung – im Promillebereich bewegt, wird ja überlagert von der *Angst um Wohlfahrtsverluste*, die von der Rezession, insbesondere von der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit, genährt wird. Die Erkenntnis, dass die erworbenen hohen materiellen Ansprüche und sozialen Besitzstände nicht einfach vom «Vater Staat» garantiert, sondern durch eigene Anstrengungen und eine konstruktive Politik stets wieder neu gesichert werden müssen, mag einiges an

**Denn Sicherheit
ist vor allem
ein Zustand des
Sich-sicher-Fühlens
und erst
in zweiter Linie
ein objektiver
Tatbestand, der sich
beispielsweise
mit der
Kriminalstatistik
belegen lässt.**

Verunsicherung bewirkt haben. Sie zu beheben, verlangt eine Änderung der *Mentalitäten*, die Wiederbelebung eines optimistischen Leistungs- und Wettbewerbsdenkens. Insofern hängen die beiden scheinbar gegensätzlichen Postulate Sicherheit und Vitalisierung eng zusammen.

Schliesslich ist das verbreitete Gefühl der Unsicherheit auch Ausdruck eines politischen Malaise, das gekennzeichnet ist durch Autoritätsverlust und Führungsschwäche. Daran ist die gegenwärtige Praxis der Konkordanzdemokratie, die als eine «Fünfer- und-Weggli-Politik» mit möglichst vielen Profiteuren bezeichnet werden könnte, gewiss mitschuldig. Ob aber die Ausgrenzung von grösseren Teilen der Be-

völkerung aus dem subtilen Interessenausgleich der vielen Minderheiten ein besseres Sicherheitsgefühl vermitteln würde, ist mehr als fraglich. Es käme wohl eher darauf an, in einem härteren internationalen und binnenwirtschaftlichen Konkurrenzkampf die Kräfte noch besser zu bündeln und umkämpfte Verständigungslösungen schliesslich partnerschaftlich zu vertreten. Das Gefühl von Sicherheit entsteht durch das *Vertrauen* in die verantwortlichen Behörden und Politiker, dass sie nicht nur sachlich begründete Massnahmen diskutieren und beschliessen, sondern diese auch mit der notwendigen Autorität durchsetzen. ♦

ULRICH PFISTER

GIBT ES IN DEN SOZIALEN BEZIEHUNGEN EINEN FORTSCHRITT?

Dass es einen technischen Fortschritt gibt, ist ziemlich unbestritten. Die schwierigere Frage nach dem sozialen Fortschritt soll hier nicht theoretisch abgehandelt werden und muss letztlich wohl auch offenbleiben. Fortschrittskritisches zu diesem Themenkreis wäre nachzulesen bei Rousseau in seinem preisgekrönten «Discours sur les sciences et les arts» (1750).

Anhand von Beispielen (Anlass dazu bot die Ansprache an der Jubiläumsfeier einer Schwesternschule) sollen im Folgenden an zwei willkürlich ausgewählten Bereichen Überlegungen zum Fortschritt in sozialen Beziehungen angestellt werden. Das erste Beispiel betrifft die Art und Weise des Glückwünschens, des Gratulierens (ein Randbereich, der vielleicht doch nicht ganz unwichtig ist), und das zweite betrifft die Pflege kranker und hilfebedürftiger Menschen, ein Kernbereich des Sozialen.

Kunst des Gratulierens

Wie man sich vor gut hundert Jahren im deutschen Sprachbereich beglückwünschte, ist in einem Bändchen dokumentiert, das 1873 gedruckt wurde und den Titel trägt: «Glückwunschbüchlein für die liebe Jugend». An erster Stelle kommen die Glückwünsche für die Väter, und da heisst es etwa:

*Zu Deinem Wiegenfeste
Bring' ich das Allerbeste,
Was ich zu geben nur vermag,
an diesem festlich frohen Tag:*

*Mich selbst, mein Herz nimm hin!
Mit kindlich frommem Sinn
Gelob' ich heut' auf's Neue
Gehorsam Dir und Treue!*

Dem Lehrer gilt folgender Glückwunsch:

*Ich habe nichts zum neuen Jahr zu schenken,
Was Sie, verehrter Lehrer, freuen kann;
Doch will ich dankbar Ihrer stets gedenken,
Vergesse nicht, was Sie an mir gethan!*

*Durch Gehorsam Fleiss und Liebe
Wollen wir Sie gern erfreun!
Ihren Beifall zu erlangen,
Soll stets unsere Freude sein.*

Solche chargierten und zum Teil wohl auch unehrlichen Sentimentalitäten überschreiten nach heutigem Geschmack die Grenze vom Erhabenen zum Lächerlichen. Wir müssen aber daran denken, dass auch unsere Publikationen aus der Distanz von hundert Jahren einmal fremd und vielleicht auch lächerlich empfunden werden. Vielleicht ist es nur

die Ausdrucksweise, die veraltet wirkt. Das Grundmotiv des «Werbens um Beifall» ist auch von einer noch so modernen oder postmodernen Pädagogik und Methodik nicht ganz aus der Welt zu schaffen.

Wenn ich bezüglich Gratulation auf meine eigenen Erfahrungen als Vater zurückgreife, so werde ich etwa vor einem Geburtstag in der Alltagsprosa der neunziger Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass im Hinblick auf ein allfälliges Geschenk eine temporäre Erhöhung des Taschengeldes durchaus wünschbar und gerechtfertigt wäre. Postmoderne Ehrlichkeit oder postmoderner Materialismus? Die Feierlichkeit von Familienanlässen hält sich heute in Grenzen, und ihre Durchführung darf bei der jüngeren Generation Termine für Sportanlässe und Freizeit mit Kollegen nicht übermässig tangieren.

Für mich ist es aber durchaus ein Fortschritt, wenn die eigenen Kinder in einer moderneren, spontaneren und sicher ehrlicheren Prosa mit mir verkehren als in der zitierten Glückwunschoesie des letzten Jahrhunderts (auch wenn ich mir manchmal eine etwas kultiviertere Ausdrucksweise wünschen würde). Ich glaube nicht, dass unser heutiger emotionaler Haushalt und Umgang schlechter ist als derjenige einer vergleichbaren Familie vor gut hundert Jahren. Während der zentrale Stellenwert der Liebe und der Treue die Jahrhunderte und die Jahrtausende überdauern dürfte, stehen Gehorsam und Fleiss zu Recht nicht mehr an der Spitze der Wertskala, und ich bin dankbar, wenn meine Kinder auch andere Freuden suchen, als nur «Beifall zu erlangen...»

Es gibt hier also nicht nur einen markanten Wertewandel, sondern – in subjektiver Bewertung – auch

einen Fortschritt in Richtung Spontaneität und Offenheit.

Kunst des Pflegens

Das zweite Beispiel betrifft die Krankenpflege. Die Kunst des Pflegens hat für die Bewältigung der Zukunft in einer technisch zivilisierten Welt eine zentrale Bedeutung. Gibt es hier grundlegend Neues und Besseres, oder geht es darum, einfach das Bewährte bestmöglich anzuwenden und umzusetzen in einer sich fortwährend wandelnden Realität? Sorgfältige Pflege ist heute eine «Schlüsselqualifikation», die für alle Menschen eine Bedeutung hat. Wir alle müssen mit der Natur, aber auch mit unseren Mitmenschen sorgfältig und «pfleglich» umgehen. Unsere ganze Kultur ist davon abhängig – und «Kultur» heisst ja nichts anderes als «Pflege».

Eine Gegenüberstellung von zwei Texten zur Theorie und Praxis der Krankenpflege zeigt, wie schwer es ist, ein abschliessendes Urteil über Fortschritte in diesem Bereich zu fällen. Ein praktischer Versuch der Gegenüberstellung «Pflege einst» und «Pflege heute» und eine entsprechende Auswertung des Experimentes sind wohl kaum möglich; immerhin liesse sich ermitteln, wieviele Patienten sich lieber von einer älteren, erfahrenen, sagen wir «altmodischen» Schwester pflegen lassen und wieviele eine Frischdiplomierte auf dem neusten Stand der «Pflegetechnik» vorziehen. Wahrscheinlich würden persönliche Sympathien und die Art der Erkrankung den Ausschlag geben. Die grosse Bedeutung der Erfahrung wird aber – wenigstens hier – doch ins Gewicht fallen.

GEGENÜBERSTELLUNG

Aus: *Notes on nursing for laboring classes*, Florence Nightingale, London, um 1850.

1. Zur beruflichen Erziehung der Schwester gehört es vor allem, dass sie beobachten, ihre Augen und Ohren, ihre Nase und ihre Finger gebrauchen und ihre Zunge ruhig legen kann, dass sie wisse, was und wie man beobachten muss, welche Krankheitserscheinungen Besserung und welche Verschlimmerung anzeigen, welche wichtig und welche unwichtig, und besonders auch, welche künstlich gemacht und Folge unrichtiger Pflege sind.

2. Die Mehrzahl der Menschen lebt in kranken und gesunden Tagen, in Politik, Kirche und Medizin weit mehr in der Welt ihrer Gedanken und Vorurteile als in der Welt, wie sie wirklich existiert.

Aus: *Schlüsselqualifikationen für Pflegeberufe*, Schweizerisches Rotes Kreuz 1992.

1. Pflegesituationen im gesamten und in ihren Elementen wahrnehmen und beurteilen können. Veränderungen einer Situation erkennen sowie mittel- und langfristige Entwicklungen voraussehen.

Ressourcen bei sich und andern wahrnehmen, erhalten und entwickeln.

Grenzen akzeptieren und geeignete Hilfe beanspruchen bzw. anbieten.

2. Aufgrund von Prinzipien ein breites Repertoire an Methoden und Techniken einsetzen.

3. Eine Hauptklippe für alle, die zu befehlen und zu gehorchen haben, ist ausser der Subjektivität die Ungenauigkeit des Denkens und Sprechens.

4. Wer Kranke pflegt, muss anfangen und enden mit der Treue im Kleinen.

5. An einem wichtigen Platze wird alles wichtig, und eine gute Krankenschwester muss sich tausend Dinge merken, die allen Kranken gemeinsam, und sehr viele, die jedem einzelnen eigentümlich sind.

6. Ich habe nie jemanden gesehen, der sich jahrelang sehr häufigen, plötzlichen Unterbrechungen seines Denkens und Handelns ausgesetzt hätte, ohne dabei Schaden an seinem Verstande zu nehmen. In noch höherem Masse gilt das für den Kranken; unterbrich sein Denken und Reden nicht unnötig, lass ihn gewähren.

Mit dieser Gegenüberstellung soll nicht bewiesen werden, dass es im Bereich der Pflege keinerlei Fortschritt gibt, und erst recht nicht, dass früher alles besser war. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es auch in diesem Bereich stets eine Reihe von Fortschritten und von Rückschritten gibt. Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschrittes ist – wie *Max Horkheimer* es formulierte – die unaufhaltsame Regression, und schon *Pascal* hat darauf hingewiesen, dass alles, was sich durch den Fortschritt verbessert, auch durch den Fortschritt zugrunde geht. Aber wir sollten die Hoffnung nie aufgeben, dass die Gesamtbilanz wenigstens leicht positiv sei und dass es möglich ist, daran einen eigenen kleinen Beitrag zu leisten. Allerdings sollten wir den diesbezüglichen Spielraum auch nicht überschätzen. Grundwerte sind relativ konstant. Das ganze Gerede vom Wertewandel sollte den Blick für die Proportionen nicht trüben.

Der Fortschritt besteht nicht darin, dass man stets neue und bessere Ziele setzt, sondern dass man bestehende gute Ziele besser erreicht und in neuen Situationen neu angeht. ♦

ROBERT NEF

3. Sich situationsgerecht, verständlich und differenziert ausdrücken.

4. Pflegeverrichtungen geschickt und sicher ausführen.

5. Die Wirkungen des eigenen Handelns beurteilen und daraus lernen.

Für Veränderungen und Neuerungen offen sein.

6. Im Wechselspiel zwischen Anteilnahme, Engagement und Distanz Beziehungen aufnehmen, erhalten und ablösen.

Zum Lernen motivieren, Verhaltens- und Einstellungsänderungen aufzeigen und unterstützen.

Aus einer Grundhaltung der Wertschätzung heraus mit andern zusammenarbeiten. Prioritäten setzen, Entscheidungen treffen, Initiativen ergreifen. Konflikte angehen, lösen und aushalten. Ethische Grundhaltungen entwickeln und sie in der konkreten Situation vertreten.

SPLITTER

Das moderne Fortschrittscredo, das uns täglich aus allen Massenmedien entgegenströmt, ist denn auch längst nicht mehr oder nur noch als Phrase, dass Fortschritt sein solle, um den Menschen zu dienen, sondern dass er unaufhaltsam und unerbittlich all jene, die den Wettlauf von Rekord zu Rekord nicht durchhalten, unterpflüge: Fortschritt als Fatalität und als ständige Flucht nach vorn.

HERBERT LÜTHI: *Der entgleiste Fortschritt*, Zürich 1973, S. 32

Ich respektiere das Gegebene. Daneben aber freilich auch das Werdende, denn eben dies Werdende wird über kurz oder lang abermals ein Gegebenes sein. Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber für das Neue sollen wir recht eigentlich leben. Und vor allem sollen wir, wie der Stechlin uns lehrt, den grossen Zusammenhang der Dinge nie vergessen. Sich abschliessen heisst sich einmauern, und sich einmauern ist Tod.

THEODOR FONTANE: *Der Stechlin*, 1898

Alles, was sich durch den Fortschritt vollendet, geht auch durch den Fortschritt zugrunde.

BLAISE PASCAL: *Pensées* 371